

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. Juni 1995
am Donnerstag, dem 22. Juni 1995

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Leidinger, Robert (SPD)	33, 34
Altmann, Elisabeth (Pommelsbrunn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45
Berninger, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	13, 18
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	15, 22	Mehl, Ulrike (SPD)	42, 43
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Neumann, Volker (Bramsche) (SPD)	3, 4
Erler, Gernot (SPD)	54, 55	Palis, Kurt (SPD)	20, 21
Ernstberger, Petra (SPD)	29, 30	Reschke, Otto (SPD)	2, 14
Eymer, Anke (CDU/CSU)	31, 32	Schily, Otto (SPD)	57
Ganseforth, Monika (SPD)	9, 10	Schmidt, Ursula (Aachen) (SPD)	5
Gansel, Norbert (SPD)	24, 56	Schönberger, Ursula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 44
Hagemann, Klaus (SPD)	1	Schultz, Reinhard (Everswinkel) (SPD)	16, 17
Hustedt, Michael (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	27, 28
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	8, 53	Steen, Antje-Marie (SPD)	25, 26
Dr. Kiper, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Teuchner, Jella (SPD)	35, 36
Krüger, Thomas (SPD)	6, 7	Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (F.D.P.)	19
Kubatschka, Horst (SPD)	37, 38	Zierer, Benno (CDU/CSU)	41

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

1. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Welche Bemühungen hat die Bundesregierung auf europäischer und/oder nationaler Ebene bisher unternommen, um die immer mehr zunehmende illegale Beschäftigung von ausländischen Arbeitern ohne Arbeitserlaubnis zu Dumpinglöhnen zu verhindern, wodurch der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ausgehöhlt wird, und bis wann ist mit konkreten Ergebnissen zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

2. Abgeordneter
**Otto
Reschke**
(SPD)
- Kann nach Ansicht der Bundesregierung, die bisher wiederholt erklärt hat, daß der Sender „Deutsche Welle“ sein stark asbestbelastetes Funkhaus in Köln bis spätestens 30. Juni 1997 geräumt haben muß und bis zu diesem Termin in ein Gebäude auf dem Gelände der bundeseigenen Liegenschaft an der Kurt-Schumacher-Straße („Schürmann-Bau“) in Bonn verlegt werden soll, dieser Terminplan eingehalten werden, nachdem bislang von der Bundesregierung weder eine Entscheidung für den Weiterbau und die Vollendung des „Schürmann-Baus“ gefällt noch ein Antrag gemäß § 64 BHO für die Veräußerung der bundeseigenen Liegenschaft an der Kurt-Schumacher-Straße in die parlamentarischen Gremien eingebracht worden ist?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

3. Abgeordneter
**Volker
Neumann**
(Bramsche)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung den Widerspruch aufklären, daß sie in der Fragestunde am 18. Mai 1995 einen Bericht der Süddeutschen Zeitung vom gleichen Tag über das Wissen des Bundeskanzlers über den Plutoniumschmuggel demen-

tiert und am 23. Mai 1995 in einem Schreiben die Präsidentin des Deutschen Bundestages darauf hinweist, daß die von der Süddeutschen Zeitung dazu verwendeten Zitate aus in der Parlamentarischen Kontrollkommission verlesenen Dokumenten stammen?

4. Abgeordneter
**Volker
Neumann
(Bramsche)**
(SPD)

Beziehen sich die Zitate aus den Dokumenten der Parlamentarischen Kontrollkommission in der Süddeutschen Zeitung auf das Wissen des Bundeskanzlers über den Plutoniumschmuggel?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordnete
**Ursula
Schmidt
(Aachen)**
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der „Verordnung über die Arbeitszeit des Bundesbeamten“ (Arbeitszeitverordnung – AZV) in § 3 den jeweiligen Bundesbehörden Abweichungen von der vorgegebenen Kernarbeitszeit zu gestatten, insbesondere dann, wenn dies aus Gründen einer notwendigen Kinderbetreuung erforderlich wäre?

6. Abgeordneter
**Thomas
Krüger**
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen vor, aus welchem Grund sich das Grenzschutzpräsidium Ost nach der erneuten Aufforderung durch das Bundesministerium des Innern vom 24. März 1995 weigert, den Erlaß des Bundesministeriums des Innern vom 28. Juli 1994 betreffs der Ausschreibung von Dienstposten umzusetzen?

7. Abgeordneter
**Thomas
Krüger**
(SPD)

Trifft es zu, daß auf Weisung des Bundesministers des Innern eine Einsatzabteilung des BGS zum Klimagipfel nach Berlin abkommandiert wurde, gleichwohl die Berliner Landespolizei keinen ausdrücklichen Bedarf angemeldet hatte, und wenn ja, welche dadurch bedingten zusätzlichen Kosten hat die am Standort Rehan/Blumberg untergebrachte Einsatzabteilung verursacht?

8. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung dagegen, daß sich in den GUS-Staaten sowohl bei Nutznießern als auch in der dortigen Öffentlichkeit der falsche Eindruck festsetzt, daß die von der Bundesregierung mit deutschen Steuergeldern

finanzierten Projekte von nichtstaatlichen Organisationen, wie beispielsweise dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) oder dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) bezahlt werden, und welche Aktivitäten beabsichtigt die Bundesregierung zur Klarstellung in diesen Ländern, daß die Mittlerorganisationen diese Projekte lediglich organisieren und betreuen und es sich bei den Finanzmitteln um öffentliche, vom Deutschen Bundestag bewilligte Gelder handelt?

9. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, daß der in Paris lebenden Exil-Iranerin Maryam Radjavi die Einreise zur Großkundgebung in Dortmund verweigert wird, und welches sind die Gründe?
10. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Treffen Informationen zu, daß Anuir-Hossein Taghavi, einer der ranghöchsten Mitglieder des Teheraner Informationsministeriums, zu dem der Geheimdienst gehört, etwa eine Woche vor der geplanten Veranstaltung in Deutschland eingetroffen ist und bei Gesprächen mit deutschen Stellen versucht hat, die Durchführung der Kundgebung der iranischen Oppositionellen zu verhindern?
11. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß ein Rückübernahmeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Algerien kurz vor dem Abschluß steht, und wenn ja, welche Verpflichtungen wollen die beiden Vertragsparteien darin eingehen?
12. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Fällen übermittelt der Bundesgrenzschutz Flugdaten algerischer Staatsangehöriger an die algerischen Sicherheitsbehörden, und wie kann vor diesem Hintergrund sichergestellt werden, daß nach Algerien abgeschobene Personen nicht Opfer von Folter, „Verschwindenlassen“, extralegalen Tötungen und anderen Menschenrechtsverletzungen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

13. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Auf welche Protokolle stützt die Bundesregierung ihre mit Blick auf die mehrfache Forderung nach einem Bundeskonversionsprogramm für Regionen, die durch die wirtschaftlichen Folgen von Abrüstung und Truppenreduzierung besonders

betroffen sind, ständig wiederholte Einlassung, die Länder hätten – nach Ablehnung eines vom Bund angebotenen Sonderprogramms im Rahmen des strukturpolitischen Instrumentariums und mit Änderung des Finanzausgleichgesetzes als Folge der Verhandlungen des Jahres 1991 – auf ein Bundeskonversionsprogramm/Einrichtung eines Konversionsfonds verzichtet; und welcher Ministerpräsident hat explizit den Verzicht auf ein Bundeskonversionsprogramm erklärt?

14. Abgeordneter
**Otto
Reschke**
(SPD)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung das bundeseigene Funkhaus des ehemaligen Deutschlandfunks in Köln, das nach Artikel 5 Abs. 3 des Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern über die Überleitung von Rechten und Pflichten des Deutschlandfunks und des RIAS Berlin auf die Körperschaft des öffentlichen Rechts „Deutschlandradio“ (Hörfunk-Überleitungsstaatsvertrag) vom 17. Juni 1993 noch bis zum 30. Juni 1996 dem Deutschlandradio mietzinsfrei überlassen und zum 1. Juli 1996 dem Bund zur Verfügung gestellt wird, ab dem 1. Juli 1996 zu nutzen, und gibt es Erwägungen des Bundesministers der Finanzen, das bundeseigene Funkhaus dem Deutschlandradio auch über den 1. Juli 1996 hinaus zur Nutzung zu überlassen?

15. Abgeordneter
**Hans
Büttner**
(Ingolstadt)
(SPD)

Können Spenden an politische Parteien im Rahmen der bestehenden Gesetze auch dann steuerlich geltend gemacht werden, wenn die Spenden über Drückerkolonnen eingesammelt werden und ein Teil des Spendenbetrages, den der Spender eigentlich in der Kasse der Partei wähnt, für die die Spende gedacht ist, in den Taschen der Druckerfirmen und deren Mitarbeiter landen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

16. Abgeordneter
**Reinhard
Schultz**
(Everswinkel)
(SPD)

Führt die Bundesregierung die beabsichtigte Aufgabe der Produktion von Solarzellen und deren Verlagerung in die USA durch vier deutsche Firmen, zuletzt angekündigt durch die Deutsche Gesellschaft für Angewandte Solarenergie, Hamburg, ein Tochterunternehmen von RWE und DASA, auf die schlechten energiepolitischen Rahmenbedingungen und fehlenden Förderprogramme für Solartechnik zurück?

17. Abgeordneter
**Reinhard
Schultz
(Everswinkel)
(SPD)**
- Beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des hohen technischen Potentials für den Einsatz der Photovoltaik in Deutschland kurzfristig Förderprogramme aufzulegen, die die Investitionen in Solartechnik erleichtern und die Stromerzeugung vorübergehend durch angemessene Einspeisevergütungen unterstützen?
18. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard
(SPD)**
- Plant die Bundesregierung, die im Jahr 1993 von bis dahin 1 Mio. DM auf 300 000 DM drastisch gekürzten Zuwendungen an die Stiftung für Begabtenförderung im Handwerk wieder aufzustocken, und wie bewertet die Bundesregierung die Beschränkung von Prämien der Stiftung für Begabtenförderung im Handwerk auf Antragsteller aus den neuen Bundesländern unter dem Aspekt des Gleichheitsgrundsatzes sowie vor dem Hintergrund der Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland, der nicht zuletzt auf Qualifikation und Motivation mittelständischer Unternehmer, insbesondere aus dem Bereich des Handwerks, angewiesen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

19. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Weng
(Gerlingen)
(F.D.P.)**
- Zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung dem Parlament die Vorlage über die Beschaffung eines modernen Jagdflugzeuges vorlegen, und welche Alternativen plant sie vorzustellen?
20. Abgeordneter
**Kurt
Palis
(SPD)**
- Welche Ursachen liegen nach Erkenntnis der Bundesregierung den Fehlschüssen vom 12. September 1994 auf dem Truppenübungsplatz Munster-Süd zugrunde?
21. Abgeordneter
**Kurt
Palis
(SPD)**
- Welche technischen und personellen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Fehlschüssen vom September 1994 auf dem Truppenübungsplatz Munster-Süd, um die Sicherheit der Bevölkerung in den Platzanliegergemeinden zu gewährleisten?

22. Abgeordneter
Hans Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)
- Worauf stützt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministeriums der Verteidigung, daß die gesetzliche Wehrpflicht sich nicht nur auf das konsensuale Prinzip der Verteidigung der Freiheit und des Rechts des deutschen Volkes bezieht, sondern auch Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes einbezieht?
23. Abgeordnete
Ursula Schönberger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung, die laut Information der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung, Michaela Geiger, in der Fragestunde am 31. Mai 1995 keine Kenntnisse über Handhabung und Folgen von US-amerikanischer Munition mit abgereichertem Uran hat, verhindern, daß deutsche Soldaten, die im Rahmen internationaler Kampfeinsätze Unterstützung leisten, ähnlich radioaktiv verstrahlt werden, wie amerikanische Soldaten im Golfkrieg durch eigene Munition?
24. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung, 61 Panzer vom Typ Leo I an Brasilien zu verkaufen, und welche „vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung“ (Rüstungsexportpolitische Grundsätze der Bundesregierung) liegen in diesem Fall vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

25. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Auf welcher Rechtsgrundlage werden die Probanden, die an der Pyrethroid-Studie teilgenommen haben, nicht über die Ergebnisse und wichtige Untersuchungsbefunde für den nachbehandelnden Arzt unterrichtet?
26. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung den Erfolg dieser Studie ein, wenn die Probanden ihre Zustimmung zur Veröffentlichung solange verweigern, bis sie selbst über ihre eigenen Ergebnisse Kenntnis erhalten haben?
27. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Resultate in Tierversuchen, daß durch die Verfütterung bestrahlter Nahrungsmittel Veränderungen des Erbgutes, schwere Beeinträchtigung des Stoffwechsels und sogar Wachstumshemmung auch nachfolgender Generationen erfolgten?

28. Abgeordnete
**Dr. Angelica
Schwall-Düren**
(SPD)
- Welche konkreten Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um gesundheitliche Risiken, die von Lebensmittelchemikern auch bei geringen Strahlendosen festgestellt wurden (Zerstörung wertvoller hochungesättigter Fette und Vitamine und Bildung untypischer Eiweiße), nachhaltig einzudämmen?
29. Abgeordnete
**Petra
Ernstberger**
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung/das Bundesministerium für Gesundheit die formelle Aufsichtsordnung erlassen, durch welche die Fahrkosten von Nierenkranken zur Dialysebehandlung von den Betriebskrankenkassen ab sofort nicht mehr übernommen werden dürfen?
30. Abgeordnete
**Petra
Ernstberger**
(SPD)
- Welche Überlegungen bestehen auf seiten der Bundesregierung/des Bundesministeriums für Gesundheit, Dialysepatienten, die nicht unter die Härtefallregelungen nach den §§ 61, 62 SGB V fallen, von den aufgrund der erlassenen formellen Aufsichtsordnung des Bundesministeriums für Gesundheit in Zukunft wieder in voller Höhe zu tragenden Fahrkosten zu entlasten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

31. Abgeordnete
**Anke
Eymer**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es ein in Amerika erprobtes Verfahren zum Tunnelbau gibt, das es ermöglichen würde, die marode Herrenbrücke in Lübeck (Bestandteil der B 75) durch einen Tunnel zu ersetzen, der nicht teurer wäre als eine breitere Brücke, und wenn ja, wie lange wird die Prüfung der Durchführbarkeit dieses Verfahrens in Anspruch nehmen?
32. Abgeordnete
**Anke
Eymer**
(CDU/CSU)
- Welche Anforderungen stellt die Bundesregierung an einen Wirtschaftlichkeitsnachweis für einen solchen Tunnel, vor allem auch im Hinblick darauf, daß ein Tunnel zu einer Entlastung für die Menschen und zu einer Verbesserung der Situation für die Wirtschaft und die Umwelt führen würde?

33. Abgeordneter
Robert Leidinger
(SPD)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die Tatsache, daß sowohl Prof. Giesecke von der Universität Stuttgart als auch Prof. Horlacher von der Technischen Universität Dresden ihre Stellungnahmen zu den Ergebnissen des von Prof. Dr. Harald Ogris erstellten Gutachtens über die von ihm vorgeschlagene Ausbaumethode für die Donau zwischen Straubing und Vilshofen direkt an die Rhein-Main-Donau AG in München adressiert haben?
34. Abgeordneter
Robert Leidinger
(SPD)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die Tatsache, daß der emeritierte Prof. Mosonyi von der Universität Karlsruhe seine Stellungnahme zu den Ergebnissen des von Prof. Dr. Harald Ogris erstellten Gutachtens über die von ihm vorgeschlagene Ausbaumethode für die Donau zwischen Straubing und Vilshofen einleitet mit den Worten „Auf Aufforderung der Rhein-Main-Donau AG habe ich . . .“ und Prof. Giesecke von der Universität Stuttgart „An den Vorstand der Rhein-Main-Donau AG“ schreibt: „sie haben mich gefragt, . . .“?
35. Abgeordnete
Jella Teuchner
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für zweckmäßig, daß das Raumordnungsverfahren für den Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen ohne eine ausführliche Sachdiskussion zwischen Prof. Dr. Harald Ogris und den acht externen Gutachtern jetzt wiederaufgenommen wurde?
36. Abgeordnete
Jella Teuchner
(SPD)
- Warum wurden die beteiligten Professoren, die die Ergebnisse des von Prof. Dr. Harald Ogris erstellten Gutachtens über die von ihm vorgeschlagene Ausbaumethode für die Donau zwischen Straubing und Vilshofen fachlich geprüft haben, nur danach befragt, ob mit den von Prof. Dr. Harald Ogris vorgeschlagenen Verfahren der maximale Ausbaustandard für 100 m Breite und Viererschubverbände erreicht werden kann und nicht auch ein reduzierter Ausbaustandard (z. B. Zweierschubverbände, wie auch im Rhein-Main-Donau-Kanal und langfristig für den Main vorgesehen), wie es auch vom Bayerischen Obersten Rechnungshof verlangt und schon beim Symposium des Bayerischen Umweltministeriums im Juni 1993 erörtert wurde?
37. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wurden alle externen Gutachter, die die Ergebnisse des von Prof. Dr. Harald Ogris erstellten Gutachtens über die von ihm vorgeschlagene Ausbaumethode für die Donau zwischen Strau-

bing und Vilshofen fachlich geprüft haben, von der Bundesregierung in Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung schriftlich beauftragt bzw. bestellt, und wenn ja, wann?

38. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Tatsache, daß bei Prof. Dr. Scheuerlein von der Technischen Universität Innsbruck und Prof. Dr. Nestmann von der Technischen Universität Karlsruhe andere Fragestellungen zur Bewertung des von Prof. Dr. Harald Ogris erstellten Gutachtens vorlagen, als bei den übrigen sechs Gutachtern?

39. Abgeordnete
**Gila
Altmann**
(Aurich)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchem Ausmaß haben nach Einschätzung der Bundesregierung die Verzögerungen wegen der Auszahlung der zugesagten Finanzmittel in der zweiten Jahreshälfte 1995 bereits zu zusätzlichen Liquiditätsproblemen bei den betroffenen Partikulieren geführt, und wie schätzt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Verbesserung der Wettbewerbschancen ein?

40. Abgeordnete
**Gila
Altmann**
(Aurich)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die aus der laufenden europäischen Abwrackaktion nicht abgerufenen Mittel in Höhe von 3,5 Mio. DM als zusätzliche Finanzhilfen für die deutsche Partikulierschiffahrt zur Verfügung stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

41. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Welche Beweisführung sieht die Bundesregierung im einzelnen als wissenschaftlich zweifelsfrei erhärtet dafür an, daß Stickstoff-Emissionen der Kraftfahrzeuge erstens überhaupt Vorläufersubstanzen für das Ozon und zweitens auch tatsächlich ursächlich für bodennahes Ozon sind, und steht die Beweisführung nicht im Widerspruch zu der Beobachtung, daß in Reinluftgebieten ohne Verkehr und Industrie hohe Ozonwerte gemessen worden sind?

42. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Ist die Behauptung von Shell-Manager Peter Duncan (geäußert in den Tagesthemen vom 12. Juni 1995) zutreffend, wonach sich alle Umweltminister der EU darauf geeinigt hätten, Ölplattformen grundsätzlich an Land zu entsorgen, jedoch Ausnahmen zulässig seien, wenn ja, welche Auffassung hat die Bundesregierung bei dieser Beschlußfassung vertreten?
43. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Wenn eine Einigung in diesem Punkt erzielt wurde, welche Bedingungen und Kriterien (insbesondere umweltbezogene Kriterien) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung für diese Ausnahmeregelungen vereinbart, und welche internationalen Kontrollen sollen diese Regelung sicherstellen?
44. Abgeordnete
**Ursula
Schönberger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung die Aussagen eines Vertreters des Bundesamtes für Strahlenschutz am 12. Juni 1995 in Helmstedt bestätigen, daß die Einlagerungsbedingungen im Atommüllendlager Morsleben nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen, da die Genehmigung aus DDR-Zeiten dies nicht zuläßt und für wesentliche Änderungen des Einlagerbetriebes ein Planfeststellungsverfahren notwendig wäre, das das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit dazu nicht durchführen will?
45. Abgeordnete
**Steffi
Lemke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welchen Zeitpunkt plant das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Auslagerung des Sondermülls, der im Schacht Marie des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben eingelagert ist?
46. Abgeordnete
**Michaele
Hustedt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung eine Stellungnahme des Umweltbundesamtes bekannt, in dem dieses eine ausführliche Argumentation für die Notwendigkeit eines Ausstiegs aus dem Braunkohlentagebau Garzweiler II aus Klimaschutzgründen dargelegt hat, und falls ja, wie beurteilt sie die auf dieser Stellungnahme beruhende Schlußfolgerung, daß zur Erreichung des von der Bundesregierung selbstgesteckten CO₂-Reduktionszieles eine zusätzliche Rücknahme bei der Steinkohleverstromung in Westdeutschland bzw. ein zusätzlicher Abbau der Braunkohleförderung in Ostdeutschland notwendig wäre, wenn nicht auf Garzweiler II verzichtet würde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

47. Abgeordneter
Dr. Manuel Kiper
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Organisationen, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen werden von der Bundesregierung mit welcher Zielsetzung in die Beratungs- und Sondierungsgespräche zur Neuordnung der Ausbildungsförderung im Rahmen einer umfassenden Neuordnung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (18. BAföGÄndG) einbezogen?
48. Abgeordneter
Dr. Manuel Kiper
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gedenkt die Bundesregierung mit ihren Plänen zur Neuordnung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, den feststellbaren Trend der sinkenden BAföG-Geförderten-Quoten (in den alten Bundesländern 1982: 37,1%, 1994: 24,4 %, in den neuen Bundesländern 1991: 88,2 %, 1994: 54,8%) umzukehren?
49. Abgeordnete
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Pläne und Überlegungen bestehen seitens der Bundesregierung bezüglich einer Neuordnung der Ausbildungsförderung und beim geplanten Meister-BAföG (z. B. verzinster Darlehensanteil von 6%)?
50. Abgeordnete
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die fast 100 000 fehlenden Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern und die um 11,4 % niedrigere Zahl der Ausbildungsstellen in den alten Bundesländern aufzufangen?
51. Abgeordneter
Matthias Berninger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand haben die Überlegungen der Bundesregierung erreicht, um ihre Ankündigungen der Einführung einer unter dem Namen „Meister-BAföG“ bekanntgewordene berufliche Aufstiegsfortbildung umzusetzen?
52. Abgeordneter
Matthias Berninger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Förderarten (Zuschuß- und unverzinslicher bzw. verzinslicher Darlehensanteil) plant die Bundesregierung die neu einzuführende, unter dem Namen „Meister-BAföG“ bekanntgewordene berufliche Aufstiegsfortbildung auszustatten?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- | | |
|--|---|
| 53. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Welche Förderungsmaßnahmen zur besonderen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit in den Grenzregionen zwischen Deutschland und Tschechien gibt es seitens der Bundesrepublik Deutschland einerseits und seitens der Tschechischen Republik andererseits? |
| 54. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | Wie reagiert die Bundesregierung auf die Empfehlung des französischen Generalstabschefs Lanxade an die neue französische Regierung, so rasch wie möglich die französischen Atom-Tests auf dem Mururoa-Atoll wieder aufzunehmen? |
| 55. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD) | Über welche politischen Möglichkeiten verfügt die Bundesregierung, und welche davon wird sie nutzen, um die französische Regierung zu einem Verzicht auf neue Atom-Versuche im Südpazifik zu bewegen? |
| 56. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD) | Wann und in welcher Form ist die Bundesregierung vor der Entscheidung Frankreichs zur Wiederaufnahme von Atomwaffenversuchen informiert gewesen? |
| 57. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD) | Ist die Bundesregierung beim französischen Staatspräsidenten und bei der französischen Regierung vorstellig geworden, um die geplante Wiederaufnahme der Atomwaffentests im Herbst dieses Jahres zu verhindern? |

Bonn, den 16. Juni 1995

